

# Über historische Verantwortung

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung eines Buches des Frankfurter Pädagogikprofessors Benjamin Ortmeier und der Doktorandin Saskia Müller, bei denen es primär darum geht zu hinterfragen, ob und inwieweit die GEW die Entnazifizierung von Täter\_innen unterstützt und begünstigt haben könnte, war ganz besonders auch der Landesverband Hamburg angesprochen. Einer der ersten Vorsitzenden unseres Landesverbands nach dem Krieg, Max Traeger, Namensgeber einer Stiftung der GEW, geriet dabei in den Fokus als jemand, der – so die These Ortmeiers – widerrechtlich dafür gesorgt hatte, dass die Immobilie Ro19 nach dem Krieg Eigentum der GEW wurde. Vor diesem Hintergrund verwies Ortmeier auf die Inbesitznahme des Hauses Ro19 im Frühjahr 1938 durch den NSLB (Nationalsozialistischen Lehrerbund). Dies hatte bekanntlich eine langjährige innergewerkschaftliche Auseinandersetzung um die Frage ausgelöst, ob es sich dabei um Arisierung gehandelt habe. Dass das Haus bereits 2013 an eine jüdische Organisation verkauft und vom Erlös ein nicht unbeträchtlicher Teil an die jüdische Gemeinde gestiftet worden war, fand in diesem in der Mitte des Jahres 2016 veröffentlichten Buch keine Erwähnung. Durch diese Weglassung hatten verschiedene Medien bundesweit skandalisierend darüber berichtet. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war die GEW-Bund, aber auch unser Landesverband aufgefordert, sich zu erklären; zum einen gegenüber der Öffentlichkeit, zum anderen auch gegenüber dem BASS (Bundesausschuss der Studenten und Student\_innen innerhalb der GEW), der die Veröffentlichung zum Anlass genommen hatte, eine Unterschriftenkampagne zu initiieren, um einmal Licht in das Dunkel zu bringen und darüber hinaus mit ihr die Forderung zu verknüpfen, die Max-Traeger-Stiftung umzubenennen.

Im Folgenden dokumentieren wir die Stellungnahmen unseres Landesverbands und die der GEW-Bund. Im Anschluss daran findet sich eine ausführliche Rezension des Buches. JG

## **Erste Stellungnahme der GEW Hamburg vom 10.10.2016**

Die Veröffentlichung erweckt den Eindruck, die GEW Hamburg habe Ro 19 nicht verkauft. „Aufarbeitung ja, aber auf Grund vollständiger Recherchen“

In der Buchveröffentlichung „Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933–1945“ von Benjamin Ortmeier wird der Eindruck erweckt, dass das Gebäude Rothenbaumchaussee 19, das 1935 von jüdischen Vorbesitzern von der GEW gekauft wurde, sich weiterhin in Besitz der GEW Hamburg befindet. Diese Behauptung ist unrichtig.

Bereits im Januar 2013 hat die GEW Hamburg

das Gebäude Rothenbaumchaussee 19 an das Jüdische Bildungszentrum Chabad e.V. verkauft, wie in einer Pressemitteilung vom 25.2.2013 auch öffentlich gemacht wurde. Dabei wurde einerseits Chabad e.V. durch einen günstigen Kaufpreis von 2,5 Mio. Euro der Erwerb von Ro 19 und dem Hintergebäude 19a ermöglicht. Zudem wurde durch eine Spende von 400.000 Euro an die Jüdische Gemeinde in Hamburg auch besonders die Bildungsarbeit der Gemeinde unterstützt. Ebenso hat die GEW Hamburg beschlossen, aus ihrem Haushalt 10.000 Euro pro Jahr für einen Fonds zur Verfügung zu stellen, der sich gegen rassistische oder fremdenfeindliche Aktivitäten und für ein gleichberechtig-

tes, friedliches Miteinander der Menschen in Hamburg einsetzt.

„Als GEW Hamburg stehen wir der Aufarbeitung auch der dunklen Kapitel der GEW und seiner Vorläuferorganisationen offen gegenüber, wie die jahrelangen Diskussionen um das Haus Ro 19 gezeigt haben, die in einen Verkauf mündeten. Historische Aufarbeitung sollte auf Grund einer vollständigen Recherche passieren, nicht durch das Weglassen entscheidender Tatsachen,“ so Fredrik Dehnerdt, stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg.

\*\*\*

### **Beschlussvorlage für den Landesvorstand**

Es sind noch viele Themen und Fragen aus der Gründungszeit der GEW und zu den Vorläuferorganisationen wissenschaftlich aufzuarbeiten.

Die GEW Hamburg will in Zusammenarbeit mit dem HV ein wissenschaftliches Forschungsprojekt zur Geschichte der GEW Hamburg initiieren und bereitet das jetzt vor. Im Rahmen dieses Projekts wird insbesondere beforscht, inwieweit NS-Aktive die GEW Hamburg mitprägten. Die Forschungsergebnisse werden wir in Ruhe und ergebnisoffen diskutieren und bewerten. Die GEW stellt sich ihrer Vergangenheit und ist bereit, Konsequenzen zu ziehen.

*Der Landesvorstand hat auf seiner Sitzung am 8.11.2016 dem Antrag zugestimmt.*

\*\*\*

### **GEW arbeitet ihre Geschichte auf Frankfurt, 15.11.2016**

Nach Sichtung bisheriger Veröffentlichungen: Die Bildungsgewerkschaft will renommierte, unabhängige Historiker\*innen für Forschungsvorhaben gewinnen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft arbeitet ihre Geschichte auf. Nach Sichtung bisheriger Veröffentlichungen durch den Historiker Jan Kellershohn will die GEW in Zusammenarbeit mit der GEW Hamburg jetzt renommierte, unabhängige Historiker\*innen insbesondere für die Erforschung der Gründungsgeschichte der GEW und der folgenden Jahre gewinnen.

"Die Literaturrecherche zeigt, dass sich die GEW seit vielen Jahren und an ganz unterschiedlichen Stellen mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt hat – rund 30 Seiten Literaturliste zeugen von der Intensität der Diskussion. Die Übersicht macht aber auch deutlich, dass die Geschichte der GEW bis heute nicht systematisch aufgearbeitet worden ist. Wir haben die Hinweise des Erziehungswissenschaftler Benjamin Ortmeier aufgenommen, der der GEW-Spitze in einem persönlichen Gespräch interessante Informationen und einen Impuls gegeben hat, diese große und wichtige Aufgabe anzugehen", sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe am

Dienstag in Frankfurt a. M.

"Die GEW will sich ihrer Vergangenheit stellen und ist bereit, Konsequenzen zu ziehen. Deshalb werden wir die Forschungsergebnisse ergebnisoffen diskutieren und bewerten. Im Rahmen dieses Projekts soll auch zur Vita des ersten GEW-Vorsitzenden Max Traeger geforscht werden."

\*\*\*

### **Position der GEW Bund zum Offenen Brief des BASS**

Der Bundesausschuss der Studierenden in der GEW (BASS) hat seine Mitglieder darüber informiert, dass der Hauptvorstand (HV) dem Antrag des BASS, den Offenen Brief "Max Traeger – kein Vorbild" auf der GEW-Website zu veröffentlichen, mit überwiegender Mehrheit nicht zugestimmt hat.

Wir möchten euch über die Gründe informieren, die gegen die Veröffentlichung vorgetragen wurden. Zum einen hat der BASS die –notwendige– Auseinandersetzung mit der Geschichte der GEW und Vita Max Traegers mit einem Offenen Brief gestartet, ohne zuvor das Gespräch mit dem GV, HV oder anderen GEW-Gremien zu suchen. Wir hatten nicht einmal eine "logische Sekunde" Zeit, zur Kritik und den Forderungen des BASS Stellung zu nehmen. Der BASS ist selbst im HV und damit im Kuratorium der Max-Traeger-Stiftung vertreten und schreibt diesem nun einen Offenen Brief mit schweren Vorwürfen an die GEW, ohne das im Offenen Brief enthaltene Anliegen dort jemals vorgetragen zu haben.

Zum anderen enthalten der Offene Brief und der diesem Anhang beigefügte Text von Benjamin Ortmeier und Saskia Müller eine Reihe von Tatsachenbehauptungen, die entweder falsch oder nicht belegt sind. Falsch ist etwa die Behauptung, die Geschäftsstelle der GEW in Frankfurt am Main heiße Max-Traeger-Haus (wurde in einer überarbeiteten Version des Textes teilweise korrigiert). Nicht belegt ist etwa die Aussage, die GEW habe sich "massenhaft" daran beteiligt, "berechtigte Sanktionen gegen NS-Lehrer\_innen mit ihrem Rechtsschutz wieder rückgängig zu machen" (Offener Brief des BASS – Ortmeier und Müller sprechen hierbei lediglich von einer "Hypothese"). Gänzlich unerwähnt bleibt, dass die GEW Hamburg die Geschichte des Gebäudes Rothenbaumchaussee 19 aufgearbeitet hat und 2013 zu einem günstigen Preis an das Jüdische Bildungszentrum Chabad e.V. verkauft und 400.000 Euro an die Jüdische Gemeinde in Hamburg gespendet hat. Zusätzlich hat der Landesverband Hamburg beschlossen, den BERTINI-Preis mit jährlich 2.500 Euro zu unterstützen und in die Jury zu gehen sowie einen Fonds gegen Rassismus einzurichten, der jährlich 10.000 Euro für Projekte zur Antirassismus-Arbeit bereitstellt.

Der BASS ist den Weg gegangen, die Auseinandersetzung über die Geschichte der GEW ohne die GEW und außerhalb der GEW zu führen – das hat der HV so zur Kenntnis genommen und entschieden, den bereits veröffentlichten Brief im Nachhinein nicht auch noch auf der GEW-Homepage zu veröffentlichen.

Die hlz-Redaktion schließt sich der Meinung der GEW-Bund an und druckt die Stellungnahme des BASS deswegen ebenfalls nicht ab. Unter dem Link <https://keinvorbild.wordpress.com/> ist diese einzusehen.

## REZENSION

# Der Mantel des Verdrängens und Verschweigens wird (wieder) angehoben

## NSLB-Mitgliedschaft war keine Pflichtveranstaltung

Der Mantel des Verdrängens und Verschweigens wird (wieder) angehoben

An der Forschungsstelle NS-Pädagogik der Universität Frankfurt/M haben die Doktorandin Saskia Müller und der Erziehungswissenschaftler Professor Benjamin Ortmeyer ein lesenswertes Buch veröffentlicht – mit erheblicher Sprengkraft: **„Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-1945. Herrenschentum, Rassismus und Judenfeindschaft des Nationalsozialistischen Lehrerbundes. Eine dokumentarische Analyse des Zentralorgans des NSLB“**

Die vorgelegte Veröffentlichung ist in Teilen eine Streitschrift. Zwar ist die Basis der Untersuchung von Müller/Ortmeyer zur ideologischen Ausrichtung der Lehrkräfte durch die Nazis relativ schmal, es wird im Wesentlichen – wie im Untertitel angegeben – das Zentralorgan des NSLB herangezogen. Es handelt sich um einen Teil einer DFG Forschungsarbeit, in der insgesamt zehn pädagogische Zeitschriften aus der NS Zeit untersucht werden. Sieben Forschungsberichte liegen bereits vor, drei (zu den Sonderschulen,

den Volksschulen und den Höheren Schulen) folgen noch. In jedem Fall ist das Ziel der vorliegenden Untersuchung notwendig und überfällig. Wenn dieser schmale Band Anlass für junge Historiker\_innen ist weiter zu forschen, ist viel gewonnen.

Denn Müller/Ortmeyer geben einen neuen Anstoß für die weitere Aufarbeitung der nazistischen Vergangenheit des Berufsstandes der Pädagoginnen und

---

*„Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.1933. Aufgrund dieses Gesetzes wurden tausende Pädagoginnen und Pädagogen entlassen, weil sie antinazistisch eingestellt waren oder als Juden galten*

---

Pädagogen und ihrer Organisationen. Vor allem in den 1980er Jahren gab es hierzu bereits fundierte Veröffentlichungen. Jetzt steht die Frage im Mittelpunkt, ob es nach 1945 einen Bruch mit vorhandenen Traditionen gab oder ob sie sich nicht vielmehr

in gewisser unheilvoller Weise fortsetzten. Man mag streiten, ob der von den Autoren verwendete Begriff „Renazifizierung“ angemessen ist. Untersucht werden müsste dies in jedem Falle. Zuletzt hatte das Bundesministerium für Justiz für seinen Bereich eine entsprechende Forschungsarbeit zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der entstehenden BRD („Die Akte Rosenberg“) vorgelegt.

Müller/Ortmeyer fragen, welche Bedeutung die Mitgliedschaft im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) auf das Bewusstsein und das Verhalten der in der NS-Zeit tätigen Pädagoginnen und Pädagogen und darüber hinaus nach 1945 gehabt hatte. Warum ließen sich so viele schnell in die NS-Organisation integrieren? Inwieweit dienten die im Zentralorgan des NSLB veröffentlichten Beiträge der Indoktrination? Wurden sie bejaht, übernommen und umgesetzt? Die Autorin/der Autor akzeptieren nicht, dass die Mitgliedschaft im NSLB eine Bagatelle gewesen sei, wie es nach 1945 häufig dargestellt wurde. Der NSLB sei nicht nur eine Pflichtorganisation gewesen. Und zu Recht verweisen sie darauf, dass der